freiheit

Ausgabe 02+03/20

das österreichische arbeitnehmerinnen- und arbeitnehmermagazin

Foto: BKA/Arno Melicharek

Corona: Danach wird sich die Welt verändert haben!

Innenminister Karl Nehammer im Interview

Nr. 02+03 / März 2020 Erscheinungsort Wien, Österreichische Post AG, Sponsoringpost, GZ 02Z033906S
Retouren an: Wiener Pressverein, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien

Kernaufgabe Rehabilitation

Rehabilitation als eine Kernaufgabe der AUVA umfasst medizinische und berufliche sowie, soweit erforderlich, soziale Maßnahmen.

Foto: Gryc/AUVA

Das Rehabilitationszentrum Häring ist eine von vier Rehabilitationseinrichtungen der AUVA in Österreich.

Durch die Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation sollen Versehrte in die Lage versetzt werden, ihren früheren, oder, wenn dies nicht möglich ist, einen neuen Beruf auszuüben. Das betrifft etwa Umschulungen oder Hilfestellungen zur Erlangung einer Arbeitsstelle. Die Maßnahmen der sozialen Rehabilitation umfassen Leistungen, die über die medizinischen und beruflichen Maßnahmen hinaus geeignet sind, zur Erreichung und Erhaltung des Rehabilitationszieles beizutragen. Beispiele sind Zuschüsse und/oder Darlehen zur Adaptierung einer Wohnung oder eines PKWs, wenn Versehrten die Benützung eines öffentlichen Verkehrsmittels nicht zumutbar ist.

Beratung

In den Rehabilitationszentren der AUVA erhalten Patientinnen und Patienten sowie deren Angehörige Information und Beratung in beruflichen und sozialen Fragen. Rehabilitationsberaterinnen und Rehabilitationsberater wirken an der Durchführung der Maßnahmen der beruflichen und sozialen Rehabilitation mit. Diese werden im Einzelfall mit den Betroffenen erörtert und mit deren Zustimmung in Zusammenarbeit mit den Ausbildungsstätten, Dienstgebern und anderen zuständigen Stellen verwirklicht. Sozialberaterinnen und Sozialberater bieten Hilfestellung bei der Lösung von Problemen, die sich aus dem Unfall und dem längeren Aufenthalt im Rehabilitationszentrum ergeben können. Je nach Bedarf werden Maßnahmen eingeleitet, um die Bewältigung der neuen Situation des behinderten Menschen in Beruf, Familie und Gesellschaft zu erleichtern.

Patientinnen und Patienten finden darüber hinaus bei den Sportnachmittagen Zugang zum Behindertensport. Zusätzlich werden Verträge mit Sportstätten abgeschlossen, die es den Behindertensportlerinnen und Behindertensportlern ermöglichen, die vertraglich vereinbarten Sportarten im Sinne des Inklusionssports auszuüben.

Über die AUVA:

Bei der AUVA sind ca. 4,5 Millionen Personen gesetzlich gegen die wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Folgen von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten versichert. Die AUVA finanziert ihre Aufgaben fast zur Gänze aus den Beiträgen der Dienstgeber und übernimmt dafür die Haftung für Arbeitsunfälle und das Auftreten von Berufskrankheiten. Kernaufgaben der AUVA sind die Verhütung von Arbeitsunfällen sowie die Heilbehandlung und Rehabilitation. Ziel ist es, Unfallopfer und Beschäftigte mit Berufserkrankungen möglichst rasch wieder in den Arbeitsprozess zu integrieren. Eine weitere Kernaufgabe der AUVA ist die finanzielle Entschädigung. Diese vier Aufgabenbereiche der AUVA ermöglichen eine integrierte und effiziente Unfallversicherung mit hohem volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen.

Die AUVA betreibt das Traumazentrum Wien mit den beiden Standorten Meidling und Brigittenau/Lorenz Böhler, die Unfallkrankenhäuser Linz, Salzburg, Klagenfurt und Steiermark mit den beiden Standorten Graz und Kalwang sowie die Rehabilitationszentren Meidling (Wien), Weißer Hof (NÖ), Häring (Tirol) und Tobelbad (Steiermark). In den Einrichtungen der AUVA werden jährlich über 375.000 Patientinnen und Patienten auf medizinischem Spitzenniveau versorgt, davon mehr als 46.000 stationär.

entgeltliche Einschaltung

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser der freiheit!

Der Equal Pay Day und der Weltfrauentag liegen hinter uns, und diese Gedenktage haben einmal mehr aufgezeigt, dass es an der Zeit ist, die Chancengleichheit von Frauen in Bezug auf gleiche Löhne für gleiche Arbeit voranzutreiben und sie vor Altersarmut zu schützen.

Ein probates Mittel zur Milderung der Altersarmut ist das Pensionssplitting. Beim Pensionssplitting überträgt der erwerbstätige Elternteil dem anderen Elternteil (der sich der Kinderbetreuung widmet) bis zu 50 Prozent seiner jährlichen Pensionsgutschriften. Damit soll unbezahlte Familienarbeit aufgewertet werden, für höhere Eigenpension gesorgt sowie und vor allem die Gefahr von Altersarmut sinken.

Dennoch ist dieses Modell, das 2005 eingeführt wurde, noch wenig bekannt. In lediglich 560 Fällen haben 2019 Männer ihren Frauen Anteile der zukünftigen Pension übertragen, in nur 23 Fällen war es umgekehrt. Tendenz ist zwar steigend, aber das Ziel ist noch lange nicht erreicht, bedenkt man, dass aktuell mehr als 110.000 Eltern Karenzgeld beziehen. Daher setzt sich die Bundesregierung für die Einführung eines automatischen Pensionssplittings mit einer Opt-out-Möglichkeit, d.h. nach der Geburt eines Kindes werden die Pensionsversicherungsbeiträge antragslos auf beide Elternteile aufgeteilt, ein. Ein Modell, von dem Frauen ganz klar profitieren!

Viel Freude beim Lesen dieser Ausgabe, mancherlei Anregung und vielleicht den einen oder anderen Erkenntnisgewinn.

Mag. Nikola König-Weixelbraun
freiheit-Chefredakteurin

Foto: ÖAAB

august.wöginger@oeaab.com
www.facebook.com/August.Woeginger

Das Corona-Virus stellt uns vor die wirtschaftlich, sozial und politisch größte Herausforderung seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Situation erfordert Maßnahmen, die unser alltägliches Leben verändert haben. Statt gemeinsam die ersten Frühlingsstrahlen im Garten oder dem Park zu genießen, halten wir Distanz zueinander, um aufeinander aufzupassen und unsere Gesundheit zu schützen. Die Bilder aus Italien und Spanien erschüttern uns immer noch. Es war dennoch keine leichte Entscheidung der Regierung und des Parlaments, so einschneidende Maßnahmen zu setzen. Ich möchte mich daher bei allen Österreicherinnen und Österreichern bedanken, dass sie sich an die Situation angepasst haben und die Vorgaben zum Schutz aller umsetzen.

DAS TEAM-ÖSTERREICH HÄLT ZUSAMMEN

EIN GASTKOMMENTAR VON ÖAAB-BUNDESOBMANN AUGUST WÖGINGER

In dieser schwierigen Zeit sind einige Berufsgruppen besonders herausgefordert, ohne die unsere öffentliche Ordnung und die Versorgung mit dem Notwendigsten nicht möglich wäre. Ein besonderer Dank gilt den Gesundheits- und den Pflegekräften in unserem Land. Sie kämpfen täglich gegen das Virus, und begeben sich in die Gefahr selbst angesteckt zu werden. Danke auch den Angestellten der Lebensmittelbranche, den Landwirtinnen und Landwirten, sowie den Transporteuren, die jeden Tag dafür sorgen, dass die Grundbedürfnisse unseres Lebens gewährleistet sind. Unsere große Anerkennung verdienen auch all jene, die unzählige Überstunden machen, um für unsere Sicherheit zu sorgen. All den Polizistinnen und Polizisten, unserem Bundesheer und der Miliz sei ebenfalls ein großer Dank ausgesprochen.

Das Team-Österreich steht zusammen, und es ist unsere Aufgabe nun für die Bevölkerung und die Zukunft da zu sein. Die Bundesregierung unternimmt gemeinsam mit dem Parlament alles, um Arbeitsplätze zu retten und die Wirtschaft zu stützen. Daher haben wir umfangreiche Schritte gesetzt und einen rot-weiß-roten Schutzschirm im Umfang von 38 Milliarden Euro gespannt. Eine der bedeutendsten Maßnahmen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist das neue Modell zur Kurzarbeit. Das AMS übernimmt - abhängig von der Höhe des Einkommens - zwischen 80 und 90 Prozent des Nettoeinkommens. Diese Regelung hilft den Menschen rasch und praxisnah.

Ich möchte mich nochmals bei allen Österreicherinnen und Österreichern dafür bedanken, dass sie ihren Beitrag leisten, um Leben zu retten.

Impressum

Herausgeber: Wiener Pressverein Medieninhaber: Wiener Pressverein (Vorstand Dir. Walter Mayr, Hans Stefan Hintner, Rudolf Habeler) | **Blattlinie:** Christlich-soziale Arbeitnehmerpolitik | **Redaktion:** Mag. Nikola König-Weixelbraun, Sabine Egerer, Irene Peer-Polzer, Mag. Elisabeth Halvax | **Anzeigenverwaltung:** Sabine Egerer, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien, 01/40141-355 | **Layout:** Dipl.-Ing. Albrecht Oppitz | **Herstellung:** Walstead NP Druck Gesellschaft m.b.H., Gutenbergstraße 12, 3100 St. Pölten. Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken.

Offenlegung gemäß § 25 (1) Mediengesetz

Herausgeber: Wiener Pressverein **Medieninhaber:** Wiener Pressverein (Vorstand Dir. Walter Mayr, Hans Stefan Hintner, Rudolf Habeler) **Unternehmensgegenstand** (Vereinszweck): Förderung der österreichischen Arbeiternehmerinnen- und Arbeitnehmerbewegung durch Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften, Flugschriften, Büchern und Broschüren **Sitz:** Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien **Blattlinie:** Christlich-soziale Arbeitnehmerpolitik

Danach wird sich unsere Welt ein Stück weit verändert haben!

Seit Anfang Jänner ist der ehemalige ÖAAB- und ÖVP-Generalsekretär Karl Nehammer Bundesminister für Inneres. Mit der *freiheit* hat er über diese ersten Monate, über die Corona-Krise und die Entwicklungen an der griechisch-türkischen Grenze gesprochen. Lesen Sie hier mehr.

***freiheit:* Beginnen wir mit einer der größten Herausforderungen für Österreich seit Jahrzehnten, wenn nicht sogar seit dem Zweiten Weltkrieg, der Ausbreitung des Coronavirus. Haben Sie richtig reagiert im Umgang mit dieser Herausforderung?**

Karl Nehammer: Aus derzeitiger Sicht ist zu sagen, es ist genau das eingetreten, womit wir gerechnet haben. Wir waren von Anfang an auf alle Szenarien gut vorbereitet, und haben rasch die aus Sicht der Expertinnen und Experten richtigen Maßnahmen umgesetzt, um unser gemeinsames Ziel, die Ausbreitung des Virus so gut wie möglich einzudämmen, schnellst möglich zu erreichen. Es ist jetzt ganz entscheidend, dass wir alle zusammenstehen und vor allem Risikogruppen, wie ältere oder kranke Menschen, bestmöglich geschützt werden. Denn es ist eine Krise, die wir in dieser Form noch nie in Österreich erlebt haben.

***freiheit:* Welche Maßnahmen haben Sie als Mitglied der Bundesregierung gesetzt, um die Eindämmung des Virus schnellstmöglich zu erreichen?**

Nehammer: Es waren und sind einschneidende Maßnahmen notwendig. Nur so können wir das Ziel, den Schutz der älteren Generation und jener Menschen mit Vorerkrankungen, erreichen. Daher mussten wir Geschäfte schließen mit Ausnahme von Lebensmittelketten, Apotheken, Banken, Tierhandel, Drogerien, die Post und weitere Bereiche des notwendigen Bedarfs. Darüber hinaus mussten wir Restaurants, Bars und Cafés schließen, sowie alle Veranstaltungen untersagen. Warum tun wir das? Um persönliche Kontakte so gut wie möglich zu reduzieren. In dieser Krisenzeit ist es notwendig, dass alle Menschen in Österreich zu Hause bleiben, und Abstand zu anderen Menschen halten. Und nur wenn es notwendig und unumgänglich ist, das Haus verlassen! Dafür gibt es eigentlich nur drei Gründe: Wenn es unbedingt notwendig ist, zur Arbeit zu gehen. Wenn Sie Geschäfte des täglichen Bedarfs aufsuchen, oder wenn Sie jemanden helfen, der auf Ihre Hilfe angewiesen ist.

Foto: BKA/Arno Melicharek

***freiheit:* Wie lange werden diese Maßnahmen notwendig sein? Wie ist die weitere Vorgangsweise?**

Nehammer: Vorab eine große Bitte an die gesamte österreichische Bevölkerung: Halten Sie durch. Wir dürfen jetzt nicht nachlassen. Wir müssen die Maßnahmen, die wir gesetzt haben, weiter fortsetzen und zwar mindestens bis zum Ostermontag, sprich den 13. April. Wir sehen in Italien, dass diese Krankheit massives Leid, Verzweiflung und für Viele auch den Tod bedeutet! Von Beginn an haben wir daher mit Expertinnen und Experten erarbeitet, was der richtige Weg für Österreich ist. Und haben beschlossen, dass die Richtung eindeutig ist: Die Maßnahmen wirken, aber wir müssen durchhalten.

***freiheit:* Sie weisen auch immer wieder eindringlich darauf hin, sich an die Vorgaben zu halten. Was passiert, wenn das jemand nicht tut?**

Nehammer: Jede und Jede, der die Maßnahmen mitträgt, ist ein Lebensretter und schützt sich selbst, seine Familie und leistet einen Beitrag dazu, dass wir unsere gesamte Bevölkerung bestmöglich schützen können. Ich bin zutiefst beeindruckt vom Zusammenhalt, den ich in unserem Land derzeit erleben darf. Es geht darum, den so wichtigen Ein-Meter-Abstand einzu-

halten, da dieser immens wichtig ist, um die Infektionskette zu durchbrechen. Daher achtet die Polizei jetzt sehr genau darauf, ob Bewegungseinschränkungen und Vorgaben auch eingehalten werden. Bis heute haben wir bereits zahlreiche Anzeigen erstellt, weil Menschen den Anweisungen nicht Folge geleistet haben. Und mit genau diesem Nachdruck werden Polizistinnen und Polizisten weiter dafür Sorge tragen, dass diese Sicherheitsmaßnahmen eingehalten werden.

***freiheit:* Kann man in irgendeiner Form schon abschätzen, welche Folgen das Coronavirus für die Menschen und Betriebe in unserem Land haben wird?**

Nehammer: Zum jetzigen Zeitpunkt ist es auch für die Expertinnen und Experten nicht möglich zu sagen, welche konkreten Folgen das Coronavirus für Österreich, Europa und die ganze Welt haben wird. Ich denke eines ist klar: Unsere Welt wird sich ein Stück weit verändert haben.

***freiheit:* In den vergangenen Tagen haben Sie immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass sich Fake News in den sozialen Medien rasant verbreiten. Wie kann man hier gegenwirken, um zu verhindern, dass die Bevölkerung verunsichert wird?**

Nehammer: Zu Beginn, als die ersten Corona-Fälle auch in Österreich aufgetreten sind, ist es zu einer rasanten Verbreitung von Falschmeldungen in den sozialen Medien gekommen. Als Bundesregierung haben wir jeden Medienauftritt dazu genützt, um an die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu appellieren, dass sie ihre Informationen aus den offiziellen Quellen beziehen sollen, und nicht an der Verbreitung dieser Falschmeldungen teilnehmen sollen. Wir kommunizieren so transparent und offen, wie kaum ein anderes Land in dieser Krise. Und reagieren schnellstmöglich auf die tagtäglichen Veränderungen. Darum auch meine Bitte an die Leserinnen und Leser der *freiheit*: Verbreiten Sie nur Inhalte von verifizierten Quellen!

***freiheit:* Sie sind als Krisenmanager auch in einer ganz anderen Frage gefordert, bei der Migrationskrise. Wie beurteilen Sie die derzeitige Lage an der EU-Außengrenze in Griechenland?**

Nehammer: Was wir in den vergangenen Wochen gesehen haben, war eine sehr angespannte Situation. Präsident Erdogan hat Menschen als Spielball, Waffe und Druckmittel gegen die Europäische Union missbraucht. Er hat ihnen falsche Versprechungen gemacht und wollte damit bewusst provozieren. Eines hat mich in dieser Situation aber beeindruckt: Die EU war geeint und hat rasch erklärt, dass die EU-Außengrenzen geschützt werden müssen. Die griechischen Behörden haben den Grenzschutz sehr ernst genommen. Ich bin seit Wochen regelmäßig im Austausch mit dem griechischen Migrations- und Innenminister. Wir haben daher auch rasch Unterstützung aus Österreich an die Außengrenze geschickt: 13 Cobra-Beamte und ein gepanzertes Fahrzeug. Durch die Corona-Krise hat der türkische Präsident die Grenze seinerseits aktuell wieder geschlossen. Für uns gilt es aber, nach wie vor wachsam zu bleiben und dem Außengrenzschutz höchste Priorität beizumessen.

***freiheit:* Vielleicht geben Sie uns abschließend noch einen kleinen Rückblick Ihrer ersten Monate als österreichischer Innenminister?**

Nehammer: Wir befinden uns derzeit in herausfordernden Zeiten. Dennoch, oder gerade deswegen, ist es mir eine große Ehre als Innenminister der Republik Österreich tätig sein zu dürfen. Zu Beginn unserer Amtszeit als Regierung, vor zirka zweieinhalb Monaten, haben wir nicht damit gerechnet, dass das Flüchtlings- und Migrationsthema so rasant wieder auf uns zukommen wird, und es hat auch niemand damit gerechnet, dass wir jetzt eine Epidemie zu bekämpfen haben. Bei all diesen Herausforderungen bleibt es mein erklärtes Ziel, unser Land jeden Tag ein Stück sicherer und besser zu machen. Ich möchte mich daher auch auf diesem Wege bei allen Polizistinnen und Polizisten und allen Sicherheitskräften in unserem Land bedanken. Sie sind es, die tagtäglich hart dafür arbeiten, um die persönliche Sicherheit und Freiheit von uns allen zu wahren.

Foto: BKA/Arno Melicharek

Foto: adobestock.com

Wertschätzung und Verbesserungen für Österreichs Lehrlinge

Das österreichische System der Berufsbildung und insbesondere die duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell, um das uns andere Länder beneiden. Mit dem Berufsausbildungsgesetz NEU sollen nun Maßnahmen gesetzt werden, um die Lehre in Österreich zu attraktivieren und weiterzuentwickeln.

Derzeit werden knapp 110.000 Personen in 200 Lehrberufen zu den Fachkräften von morgen ausgebildet – zwei Drittel davon in Klein- und Mittelbetrieben. Lehrlinge bilden das Rückgrat der österreichischen Fachkräftelandschaft und leisten einen wichtigen Beitrag für den wirtschaftlichen Erfolg in unserem Land. Deshalb gilt es, die Lehre aufzuwerten.

Mit der Novelle des Berufsausbildungsgesetzes wollen Sebastian Kurz und das Regierungsteam einen wichtigen Beitrag für mehr Wertschätzung und Verbesserungen für Lehrlinge in Österreich schaffen.

„Mit dem Berufsausbildungsgesetz NEU wollen wir Gerechtigkeit für Lehrlinge in Österreich schaffen, die täglich Großes für unser Land leisten."

Bundesministerin Margarete Schramböck

Aufwertung & Wertschätzung der Lehre

Der Erfolg des Standortes Österreich und der heimischen Unternehmen hängt maßgeblich von unseren Lehrlingen ab. Deshalb ist wichtig, Lehrberufe und den Meister aufzuwerten, um jene zu fördern und wertzuschätzen, die einen wichtigen Beitrag in unserem Land leisten. Deshalb soll der „Meister" künftig als Titel geführt und in Urkunden eingetragen werden können.

Dabei ist vor allem auch eine zeitgemäße Sprache für mehr Wertschätzung und Anerkennung von Lehrlingen wichtig, denn es ist nur gerecht, wenn man von „Lehrlingseinkommen" und „Beschäftigung" statt von „Lehrlingsentschädigung" und „Verwendung" spricht.

Modernisierung & Qualitätssicherung

Es ist klar, dass es eine Lehre am Puls der Zeit braucht. Mit einer regelmäßigen Evaluierung der Lehrberufslandschaft soll sichergestellt werden, dass die Ausbildungsinhalte stets der aktuellsten technischen Entwicklung und den wirtschaftlichen Anforderungen entsprechen. Gerade in der Digitalisierung und Innovation ist es wichtig, stets am letzten Stand der Technik zu sein. Es darf nicht passieren, dass es Lehrberufe gibt, die jahrzehntelang nicht überarbeitet wurden.

Zudem soll es auch die Möglichkeit geben, auch nach der Absolvierung einer berufsbildenden Schule die Lehrzeit zu verlängern. Damit kann die Qualifikation der Schul- und Lehrabsolventen verbessert und

eine bessere Durchlässigkeit zwischen der Lehre und anderen Bildungswegen geschaffen werden.

„Mit der Fachkräfteoffensive setzen wir uns für die Modernisierung der Lehrberufe, eine Qualitätssicherung in der Lehre und für mehr Wertschätzung und Anerkennung für die Lehre ein."

Bundeskanzler Sebastian Kurz

Fachkräftebedarf

Viele der heimischen Betriebe haben einen notwendigen Bedarf an Fachkräften. Mit der Fachkräfteoffensive setzt sich die Bundesregierung für die Modernisierung der Lehrberufe, Qualitätssicherung in der Lehre und dadurch für mehr Anerkennung und Wertschätzung für jene Personen ein, die dazu beitragen, dass es uns so gut geht.

Berufsmatura: Lehre mit Reifeprüfung

Das 2008 ins Leben gerufene Förderprogramm „Berufsmatura: Lehre mit Reifeprüfung" unterscheidet sich von der traditionellen Berufsreifeprüfung, indem die Lehre und die Maturavorbereitung kombiniert werden. Dieses Förderprogramm wird nun weiterentwickelt, um die Attraktivität dieser Ausbildung und die Zahl der Absolventen zu erhöhen. Künftig soll es individuellere Aufnahmeverfahren geben, beispielsweise indem der Bewerbungsprozess ein Motivationsschreiben umfasst und der Fokus auf persönliche Kompetenzen und das Potenzial von Lehrlingen gelegt wird. Gleichzeitig sollen neue Qualitätskriterien bei der Auswahl der Kursanbieter hinsichtlich Kursgestaltung und weitere Maßnahmen die Unterrichtsqualität und -erfolge verbessern.

Es werden in den kommenden fünf Jahren etwa 62 Millionen Euro in die Weiterentwicklung dieses Förderprogramms investiert, um so vielen Menschen wie möglich die Chance auf eine gute Ausbildung zu geben und damit dem Bedarf an notwendigen Fachkräften entgegenzukommen.

Geförderte Miet- und Eigentumswohnungen in Bau mit hochwertiger Ausstattung!

SCHÖNERE ZUKUNFT®

3364 Neuhofen/Ybbs
Johannesstraße 30-52

Geförderte Reihenhäuser mit Kaufoption!
4 Zimmer ca. 101,47 m²
Südseitiger Eigengarten
+ Terrasse, zzgl. Vorgarten
2 KFZ-Stellplätze im Freien
HWB: 30,3 – 32,9 kWh/m²a

3701 Großweikersdorf
Badweg 26

Geförderte Mietwohnungen mit Kaufoption!
2 – 4 Zimmer von 52 m²-84 m²
mit Balkon, Garten
und/oder Terrasse
PKW-Stellplätze/Garage
HWB: 25,3 – 30,5 kWh/m²a

3420 Kritzendorf
Hauptstraße 154-156

Symboldarstellungen

Geförderte provisionsfreie Eigentumswohnungen!
2 – 4 Zimmer 52 m²-86 m²
mit Terrasse + Eigengarten
oder Balkon
KFZ-Stellplätze im Freien
HWB: 19,6 – 23,4 kWh/m²a

***Top-Ausstattung:* Luft-Wasser-Wärmepumpe, Photovoltaikanlage, Fußbodenheizung, 3-Scheiben-Isolierverglasung, Eiche-Parkett, großformatige Fliesen**

NÖ-Wohnzuschuss möglich!

Gemeinnützige Wohn- und Siedlungsgesellschaft Schönere Zukunft Ges.m.b.H.
1130 Wien, Hietzinger Hauptstraße 119 Tel: 01/505 87 75 – 0 www.schoenerezukunft.at

Land und Leute liegen mir am Herzen

Seit Februar ist Christian Sagartz der neue ÖVP-Landesparteiobmann im Burgenland. Kurz davor wurde er als Europa-Abgeordneter angelobt. Mit der *freiheit* hat der ÖAAB-Landesobmann über seine neuen Aufgaben gesprochen, und seine Vorstellungen seiner Arbeit zwischen Europa und Brüssel dargelegt.

Foto: Volkspartei Burgenland

***freiheit:* Herr Abgeordneter, Sie sind seit ein paar Wochen Landesparteiobmann der Volkspartei Burgenland. Wie haben Sie die letzten Wochen erlebt?**

Christian Sagartz: Für Thomas Steiner stand nach der Landtagswahl fest, dass er für eine Kandidatur als Spitzenkandidat bei der nächsten Landtagswahl nicht zur Verfügung steht. Für ihn war wichtig, dass er so lange Landesparteiobmann bleibt, bis gemeinsam mit allen Verantwortlichen alle personellen Fragen geklärt sind. Im Februar war es dann soweit. Ich wurde einstimmig zum geschäftsführenden Landesparteiobmann bestellt. Für dieses Vertrauen danke ich und ich freue mich auf diese Aufgabe, weil ich das sehr gerne mache.

***freiheit:* Was ist Ihnen besonders wichtig?**

Sagartz: Jeder, der mich kennt, weiß, dass mir Land und Leute sehr am Herzen liegen und ich leidenschaftlich gern im Land unterwegs bin. Ich bin der festen Überzeugung: Unser Burgenland kann mehr. Unsere Gesellschaft steht vor großen Veränderungen und Herausforderungen. Ich will dabei an der Spitze einer Partei stehen, die Mut macht, die Chancen erkennt und die Herausforderungen annimmt. Unser Burgenland muss ein Land der Talente werden. Fleißige, engagierte Menschen jeden Alters brauchen unsere Unterstützung.

***freiheit:* Sie haben ein neues Team aufgestellt. Wer unterstützt Sie bei Ihrer Arbeit?**

Sagartz: Mit Markus Ulram als Klubobmann und Patrik Fazekas als Landesgeschäftsführer haben wir zwei erfahrene Persönlichkeiten. Mit Markus Ulram arbeite ich schon lange und gut zusammen, er hat nun im Landtagsklub eine zentrale Rolle übernommen. Patrik Fazekas hat bereits meinen Europa-Wahlkampf erfolgreich organisiert und ist der Richtige für den Job als Landesgeschäftsführer. Mit dem neuen Team starten wir nun voll durch und sind für das Burgenland da.

***freiheit:* Wie sehen Sie die Rolle der Opposition im Burgenland?**

Sagartz: Als größte Oppositionspartei schauen wir der SPÖ-Alleinregierung genau auf die Finger. Denn Macht braucht Kontrolle – jetzt mehr denn je. Wir üben kantige Kritik, wo es notwendig ist, und arbeiten konstruktiv mit, wo es sinnvoll ist. Schon die ersten Wochen der SPÖ-Alleinregierung im Burgenland haben gezeigt, dass man nicht aufmerksam genug sein kann. Gemeinsam mit einer aufmerksamen Gesellschaft werden wir dieser Aufgabe nachkommen.

***freiheit:* Wo sehen Sie Ihre Schwerpunkte fürs Burgenland?**

Sagartz: Ein wichtiges Thema für mich ist das Prinzip der Subsidiarität, der Vorrang der kleinen Einheiten. Dieses Prinzip ist gerade für das Burgenland entscheidend. Wir wollen, dass Probleme dort diskutiert und gelöst werden, wo sie auftreten. Und zwar in unseren Regionen und in unseren Gemeinden. Im Gegensatz zur SPÖ stehen wir als Volkspartei für die Eigenverantwortung und für den Vorrang der kleinen Einheiten.

***freiheit:* Wie vereinbaren Sie die Rolle als Europa-Abgeordneter und Landesparteiobmann?**

Sagartz: An den Sitzungstagen bin ich selbstverständlich im Europa-Parlament, aber ansonsten im Burgenland

anzutreffen. Mein Europa-Büro werde ich bewusst in Oberwart, im südlichen Burgenland, einrichten. Dass wir Burgenländer auch im Europa-Parlament vertreten sind, ist eine große Chance für unser Land, die ich nutzen möchte. Außerdem sind meine E-Mail-Adresse und meine Handynummer seit vielen Jahren die gleichen und egal wo ich bin, ich bin für die Burgenländerinnen und Burgenländer erreichbar.

***freiheit:* Was sind Ihre Schwerpunkte als Europa-Abgeordneter?**

Sagartz: Wir im Burgenland sind eine Randregion – mitten drinnen zwischen den finanziell starken Staaten aus dem Westen und den finanziell schwächeren aus dem Süden und Osten. Wir leisten hier wichtige Arbeit. Dafür brauchen wir auch zukünftig europäische Unterstützung. Wenn wir über Frieden, Freiheit und Wohlstand diskutieren, dürfen wir auch nicht die Sicherheit vergessen. Das Burgenland ist ein sicheres Land. Trotzdem brauchen wir sichere Außengrenzen, damit unser Europa geschützt ist. Wir und nicht die Schlepper sollen entscheiden, wer nach Europa kommt und wer nicht. Und es geht hier nicht um Populismus oder Hetze, sondern es geht um Frieden und Sicherheit.

***freiheit:* Ein aktuelles Thema ist die angespannte Lage an der türkisch-griechischen Grenze. Was kann Europa hier machen?**

Sagartz: Unser oberstes Ziel ist der Schutz der EU-Außengrenzen und mehr Hilfe vor Ort. Österreich hat bereits als Unterstützung für den Schutz der Außengrenzen Beamte nach Ungarn und Griechenland geschickt. Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Verlängerung des Assistenzeinsatzes, um auch die österreichischen Grenzen zu schützen. Eines ist klar: Ein Durchwinken wie im Jahr 2015 darf sich nie mehr wiederholen. Die Volkspartei ist der Garant für den Schutz der Grenzen und der Hilfe direkt vor Ort. Es darf zu keiner weiteren Zuwanderungswelle kommen, denn Österreich ist jetzt noch mit den Folgen von 2015 beschäftigt.

Die GEDESAG baut für Sie in Niederösterreich
gefördert & provisionsfrei

MEIN HEIM
GEDESAG

Maria Laach II

Lengenfeld III

Oed-Öhling I A

Ihr Wohntraum liegt ganz in der Nähe

Erfüllen Sie sich Ihren Wunsch vom Eigenheim in einem unserer Reihenhäuser oder Wohnungen.

Wie auch immer Ihr zu Hause aussehen soll, wir beraten Sie gerne und helfen Ihnen bei der Suche nach Ihrem neuen Heim.

Gemeinsam finden wir das richtige Objekt, damit Ihrer Zukunft in den eigenen vier Wänden nichts mehr im Wege steht.

www.gedesag.at
Besichtigung & Beratung +43 2732/ 833 93
3500 Krems/Donau, Bahnzeile1
info@gedesag.at

Der Öffentliche Dienst ist

Foto: GÖD

Dr. Norbert Schnedl, GÖD-Vorsitzender, FCG-Bundesvorsitzender und ÖGB-Vizepräsident

Dr. Norbert Schnedl: Für uns alle sind die Herausforderungen dieser Tage enorm. Mit voller Wucht hat die Pandemie tägliche Abläufe und Gewohnheiten tiefgreifend verändert. Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus sind wirkungsvoll und müssen von uns allen lückenlos befolgt werden. Das dient dem Schutze der Gesundheit und der medizinischen Versorgungssicherheit aller, insbesondere der Risikogruppen.

Foto: Andi Bruckner

Peter Maschat, Vorsitzender des Zentralbetriebsrates der NÖ Landeskliniken und Pflege- und Betreuungszentren sowie Bereichsleiter, GÖD-Vorstandsmitglied, Mitglied des ÖGB-Vorstandes

Peter Maschat: Die Corona-Krise hat unser Leben schlagartig verändert. Nun geht es darum, die Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft und des öffentlichen Lebens aufrechtzuerhalten. Im Gesundheitsbereich wird derzeit eine Doppelstrategie angewendet. So wird der normale Spitalsbetrieb auf das Notwendigste reduziert, gleichzeitig wird versucht, freie Kapazitäten für jene zu schaffen, die mit dem Coronavirus infiziert sind. Dass es sich hierbei um eine besondere Herausforderung handelt, ist unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bewusst, viele Leistungen passieren jenseits des Arbeitszeit- und Arbeitsruhegesetzes. Alle geben ALLES! Trotzdem muss darauf geachtet werden, dass menschliche Grenzen beim Arbeitseinsatz nicht überschritten und so Helfer zu Hilfebedürftigen werden. Der Öffentliche Dienst steht einmal mehr vor einer riesigen Bewährungsprobe und Österreich weiß, dass man sich auf ihn verlassen kann – gemeinsam schaffen wir es!

Foto: GÖD

Dipl.-Ing. Ferdinand Loidl, AGES Salzburg, Vors.-Stellvertreter der GÖD-Bundesvertretung Arbeit, Soziales und Gesundheit

Dipl.-Ing. Ferdinand Loidl: Den Bediensteten im Bereich der GÖD-Bundesvertretung „Arbeit, Gesundheit und Soziales“ kommt in den derzeit herausforderndsten Wochen für die Republik Österreich eine zentrale Aufgabe zu. Besonders der Gesundheitsbereich im Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz und die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) haben dieser Tage Großes zu leisten. In der zum Vertretungsbereich gehörigen AGES wurde eine Informationshotline installiert, welche rund um die Uhr erreichbar ist. Im Ministerium wurde ein Krisenstab bzw. eine Taskforce eingerichtet, um die SARS-CoV-2-Pandemie zu bekämpfen. Viele Kolleginnen und Kollegen arbeiten über die Höchstgrenzen der Arbeitszeit hinaus, um die Verwaltung der Republik am Laufen zu halten. Es ist uns wichtig, dass trotz der bestehenden Einschränkungen die Verwaltung im Gesundheits-, Arbeits- und Sozialbereich bestmöglich funktioniert.

Foto: Andi Bruckner

Reinhard Zimmermann, Bundesvorsitzender der KdEÖ, Vorsitzender der Polizeigewerkschaft, Vorsitzender im Zentralausschuss für das öffentliche Sicherheitswesen

Reinhard Zimmermann: Gerade in schweren Zeiten zeigt sich, dass die Arbeit der Polizei für die Gesellschaft unverzichtbar ist. Im Zusammenhang mit dem Coronavirus steht jeder und jede einzelne Polizeibedienstete vor großen Herausforderungen. Außergewöhnliche Situationen erfordern außergewöhnliche Maßnahmen – so war es zur Aufrechterhaltung der Einsatzkraft und des Durchhaltevermögens notwendig, Urlaubssperren für die Kolleginnen und Kollegen zu erlassen. Wie lange die Corona-Krise anhalten und damit diese Maßnahme nötig sein wird, weiß niemand. Die Polizei ist derzeit überall im Einsatz. Neben dem täglichen Inspektions- und Erhebungsdienst sind auch Grenzkontrollen, Straßensperren, Überwachung der Infrastruktur u. v. m zu erledigen. Dafür sind wir da. Daher sind wir das Fundament des Staates und zwar in jeder Lebenslage und zu jeder Zeit!

Garant für Sicherheit und Stabilität!

Der Öffentliche Dienst ist in dieser Situation besonders gefordert. Kolleginnen und Kollegen in allen Bereichen geben ihr Bestes und gehen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Sie tragen wesentlich dazu bei, das Funktionieren des Gemeinwesens in dieser Ausnahmesituation sicherzustellen. Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind die Rezepte zur Bewältigung der Krise.
Die vielen Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst tragen mit aller Kraft und mit größtem Einsatz dazu bei, die Krise zu überwinden.

Dafür gebührt Ihnen ein großes DANKE!

Foto: NLK Reinberger

Dr. Waltraud Müllner-Toifl, Bezirkshauptfrau Korneuburg

Foto: Andi Bruckner

Mag. Walter Hirsch, Vorsitzender der GÖD-Bundesheergewerkschaft

Foto: Werner Harrer

Paul Kimberger Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Pflichtschullehrerinnen und Pflichtschullehrer, Vorsitzender der ARGE Lehrer in der GÖD

Dr. Waltraud Müllner-Toifl: Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten, genauso wie viele andere, im Hintergrund, gehen bis an die Grenze der Belastungsfähigkeit und leisten Unglaubliches. Wir arbeiten schon seit Ende Februar (inklusive Wochenenden) in verschiedenen Teams durch, um unseren Beitrag zur Eindämmung der neuen Krankheit zu leisten. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind unheimlich motiviert und unterstützen sich gegenseitig. Um den Dienstbetrieb der Bezirkshauptmannschaften als unverzichtbare Verwaltungsorganisation sicherzustellen – wir sind ja nicht nur Gesundheitsbehörde, sondern auch Sozialhilfebehörde, Kinder- und Jugendhilfe, Anlagen- und Gewerbebehörde und vor allem auch Sicherheitsbehörde – wird Homeoffice bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern forciert und der persönliche Kontakt mit Mitbürgerinnen und Mitbürgern auf das unbedingt erforderliche Maß reduziert. Schriftliche oder elektronische Eingaben werden selbstverständlich weiterbearbeitet sowie Telefonate entgegengenommen.

Mag. Walter Hirsch: Corona-Pandemie, Migrationskrise, Hochwasser, Wirtschaftskrise 2008, SARS und vieles anderes mehr: Österreich ist keine Insel der Seligen, die Probleme der Welt können auch zu unseren Problemen werden. Aber auf eines ist immer Verlass, auf das Österreichische Bundesheer, das auch in Zeiten der Krise und der Unsicherheit dafür sorgt, dass die Österreichinnen und Österreicher die bestmögliche Krisenversorgung und Krisenbewältigung erhalten. Es herrscht eine hohe Einsatzbereitschaft der Soldatinnen und Soldaten sowie der Bediensteten, und der klare Wille, die Herausforderungen der kommenden Wochen und Monate anzunehmen und im Dienst für die Bevölkerung alles Notwendige zu tun, um die Krise erfolgreich und so rasch wie möglich zu bewältigen. Die Soldatinnen und Soldaten leisten ihren Beitrag zur Bewältigung dieser großen Herausforderung in der Gewissheit, dass sie auch damit in der Bevölkerung höchste Wertschätzung genießen.

Paul Kimberger: Schule in Zeiten des Coronavirus bedeutet, Gesundheits- und Hygienemaßnahmen zu verstärken, Arbeits- und Übungsmaterialien vorzubereiten, individuelle Betreuung zu ermöglichen, auf Distance-Learning und E-Learning umzustellen, Lernplattformen und Cloudlösungen anzubieten, Eduthek und Moodle zu verwenden, über Computer, Tablets und Smartphones zu kommunizieren, Telefonkonferenzen abzuhalten, pädagogische Beratung und psychologische Unterstützung zu geben und vor allem das Menschenmögliche zu tun, damit jeder von uns gesund bleiben kann! Gleichzeitig ist es uns gelungen, eine bedarfsgerechte Betreuung vor Ort sicherzustellen. Dass dies so gut geklappt hat, ist alles andere als selbstverständlich. Von Bildungsminister Dr. Heinz Faßmann bis zu den Lehrerinnen und Lehrern wurden die richtigen Schritte für ein professionelles Krisenmanagement gesetzt – zum Wohle von uns allen. Das hat jedenfalls Wertschätzung und Anerkennung verdient!

entgeltliche Einschaltung

Eine starke FCG

Im Mittelpunkt der Mensch

goedfcg.at

göd.fcg

Kolleginnen und Kollegen stärken.
Verantwortung leben.

100 Jahre AK: 100 Jahre Einsatz für mehr Gerechtigkeit

Vor 100 Jahren, am 26. Februar 1920, beschloss die konstituierende Nationalversammlung das Gesetz über die Errichtung von Kammern für Arbeiter und Angestellte. Diese sollten den Handelskammern als „gleichwertige Partner" gegenüberstehen. Ziel der AK war und ist es, bessere Rechte für Beschäftigte durchzusetzen.

Foto: AK Tirol

Hubert Hämmerle, der Präsident der AK Vorarlberg, und Erwin Zangerl, BAK Vizepräsident und Präsident der AK Tirol (v. li.).

Österreich wird von den Menschen als ein gerechtes Land empfunden, das zeigt eine IFES-Umfrage im Auftrag der AK. Und doch werden einige Bereiche als sehr ungerecht empfunden, etwa die Verteilung von Vermögen, das Steuersystem, die Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, wer wichtige Jobs und Posten bekommt, wer den Klimawandel verursacht und wer dessen Folgen zu spüren bekommt sowie der Zugang zu und die Preise für Wohnraum.

AK hilft seit 100 Jahren. „Die IFES-Umfrage macht aber auch deutlich: Die AK hat Konzepte, wie man Ungerechtigkeiten beseitigen kann, und sie macht sich seit 100 Jahren für die Gerechtigkeit stark. Das wollen wir im Rahmen des Jubiläums 100 Jahre AK aufzeigen", betonen Erwin Zangerl, der BAK-Vizepräsident und Präsident der AK Tirol, sowie Hubert Hämmerle, der Präsident der AK Vorarlberg.

Sie verweisen auf das Geleistete: Der Schutz der Beschäftigten, Arbeits- und Sozialrecht, Arbeitnehmer- und Konsumentenschutz wurden auf Basis unzähliger Vorschläge und Initiativen der AK ausgebaut. Die Mitglieder erhalten bei der AK kostenlos Know-how und bei Bedarf Rechtsvertretung. Zudem hat die Sozialpartnerschaft wesentlichen Anteil daran, dass Österreich zu den zehn wirtschaftlich reichsten und friedlichsten Ländern der Erde gehört.

„Erinnert werden muss auch an heute selbstverständliche Leistungen wie Sozialversicherung, Lehrlingsausbildung, Mitbestimmung in den Betrieben, Karenzgeld, 40-Stunden-Woche, Gleichbehandlungsgesetz und Schutz von Leiharbeitskräften", so Zangerl und Hämmerle.

Und trotzdem: „Immer noch werden Arbeitnehmervertretungen infrage gestellt. Die Steuerflucht, die Konzentration des Kapitals, die Frage der gerechten Besteuerung, aber auch der massive Strukturwandel in der Wirtschaft werden uns vor große Herausforderungen stellen. Wir wollen diesen Prozess positiv begleiten und auch aktiv mitbeeinflussen. Es darf zu keiner Spaltung unserer Gesellschaft kommen. Denn unser aller Wohlstand beruht auf Toleranz, auf Solidarität, dem fairen sozialen Ausgleich und der gegenseitigen Wertschätzung. Diese demokratischen Werte gilt es zu sichern und auszubauen."

Jessica Lutz wird neue Vizepräsidentin der AK Vorarlberg

Höchsterin folgt auf Jutta Gunz, die ihr Amt aus privaten Gründen zurücklegt.

Foto: AK Vorarlberg

Jessica Lutz ist die neue Vizepräsidentin der AK Vorarlberg.

Die AK Vorarlberg bekommt eine neue Vizepräsidentin: Die 33-jährige Jessica Lutz wurde von der FCG-ÖAAB-Fraktion als Nachfolgerin von Jutta Gunz designiert, die ihr Amt als AK-Vizepräsidentin schweren Herzens aus privaten Gründen zurücklegt. Die Wahl erfolgt bei der Vollversammlung der AK Vorarlberg am 14. Mai 2020.

„Mit Jutta verliert die AK Vorarlberg eine engagierte Kämpferin für die Vorarlberger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die es mit ihrer herzlichen und verbindenden Art schaffte, Brücken zwischen Menschen zu bauen", bedauert AK-Präsident Hubert Hämmerle den Rücktritt von Vizepräsidentin Gunz.

Ihre designierte Nachfolgerin, Jessica Lutz aus Höchst, ist bei der Firma Blum Beschläge in Höchst beschäftigt und seit der AK Wahl 2019 Vorstandsmitglied der Arbeiterkammer Vorarlberg.

Mein Lieblingsort

ÖAAB-Mandatare und ihr „Lieblingsort in Österreich“

Klara Neurauter

Die Tiroler Politikerin Klara Neurauter ist seit März 2018 im Bundesrat vertreten. Im Oktober 2019 wurde sie einstimmig zur stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft ÖAAB des Parlamentsklubs gewählt. In dieser Funktion und als Mitglied des Landesvorstandes des Tiroler Seniorenbundes bringt sie vor allem die Interessen von Arbeitnehmer/innen und Senior/innen aus Tiroler Sicht auf Bundesebene ein. Schwerpunktthemen sind Altern in Würde und die Pflege. Wichtig ist der kulturbegeisterten Bundesrätin gelebter Föderalismus und ein respektvolles Miteinander, „weil sich komplexe Probleme nur gemeinsam lösen lassen“.

***freiheit:* Welcher ist Ihr Lieblingsort in Österreich und warum?**

Ich habe zwei Lieblingsorte, die mir beide am Herzen liegen. Der eine ist Innsbruck, die Tiroler Landeshauptstadt, in der ich fast mein ganzes Berufsleben im Stadtmagistrat und im Amt der Tiroler Landesregierung verbringen durfte. Innsbruck ist wirklich das Herz der Alpen, begrenzt von der steilen Nordkette und offen in Richtung Süden. Die Universitäts-, Kultur- und Sportstadt pflegt auch die Festspiele der Alten Musik und beherbergt eine Unzahl von Museen und kulturellen Stätten. Der Alpenzoo und die Bergiselschanze sind weltbekannt. Das Stift Wilten ist wie der Dom, die Jesuitenkirche und die Hofkirche spirituelles und kulturgeschichtliches Zentrum. Meine zweite Sehnsuchtsstadt ist Wien, unsere Bundeshauptstadt, deren vielfältige Angebote ich seit meiner Jugend zu nutzen weiß. Bereits mehrfach konnte ich eine große Seniorengruppe zu einem Wienbesuch begleiten und sie für die kulturellen Schätze begeistern.

Foto: ÖVP-Klub/Sabine Klimpt

Die kulturbegeisterte Bundesrätin vor dem Palmenhaus im Wiener Burggarten.

***freiheit:* Haben Sie für unsere Leserinnen und Leser einen „Insider-Tipp“ für diese Orte?**

In Innsbruck den Mühlauer Friedhof, in dem so viele bedeutende Persönlichkeiten ihre letzte Ruhe gefunden haben. Bei einem Spaziergang kann man sich da an viel Innsbrucker Geschichte erinnern. Ich denke dabei immer an harte Arbeitswelten und Lebensbedingungen, die wir auch dank des Zusammenschlusses der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überwunden haben.
In Wien begeistert mich die Kirche am Steinhof, ein relativ unbekanntes Jugendstiljuwel. Ein Gesamtkunstwerk, das man nur am Wochenende besichtigen kann.

FREIHEIT | PARLAMENTARISMUS ERKLÄRT

Covid-19: Gesetzesbeschlüsse im Rekordtempo

Die Ausbreitung des Coronavirus hat große Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung, auf unsere heimischen Unternehmen und ihre Mitarbeiter/innen. Die Bundesregierung hat deshalb gleich zu Beginn ein erstes Gesetzespaket für den Schutz der Bevölkerung und einen Corona-Krisenbewältigungsfonds arbeitet. Mittlerweile gibt es ein 38-Milliarden-Euro-Hilfspaket.

Um diese dringlichen Maßnahmen der Bundesregierung auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen, sind Nationalrat und Bundesrat am Wochenende des 14. und 15. März 2020 zusammengetreten. Dass das Parlament die Krisengesetze zum Coronavirus innerhalb eines Wochenendes auf den Weg brachte, ist laut Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka ein „einzigartiges“ Ereignis und historischer Moment. „Das gab es noch nie in dieser Form“. Die außerplanmäßige Sitzung des Nationalrats am Samstag diente der Einbringung der gesetzlichen Grundlagen. Um das Gesetzespaket plenumsreif zu machen, beriet der Budgetausschuss in der Folge ab 18.00 Uhr mit Finanzminister Gernot Blümel und den sachzuständigen Minister/innen.

Am Sonntag trat dann der Nationalrat um 9.00 Uhr zur Plenardebatte und Beschlussfassung zusammen. Zur Absolvierung der letzten nötigen parlamentarischen Stufe tagte dann um 15.00 Uhr des gleichen Tages auch der Bundesrat. Danach konnte der Bundespräsident das verfassungskonforme Zustandekommen beurkunden. Die Gesetze traten bereits wenige Stunden später, am Montag, in Kraft. Damit wurde einmal mehr deutlich, wie gut und rasch der Staatsapparat und die Gesetzgebung in Österreich nötigenfalls funktionieren können.

Foto: Parlamentsdirektion/Michael Buchner

Ein Blick in den großen Plenarsaal, der sich derzeit im Umbau befindet.

„Das Parlament ist das Herzstück der Demokratie“

Johann Singer, erfahrener Abgeordneter und Bautensprecher der ÖVP, ist auch Vertreter der Volkspartei im „Nutzerbeirat“, der sich mit dem Parlamentsumbau befasst. Dieser Umbau ist ein großes Projekt, das im Interesse der Öffentlichkeit steht. Irene Peer-Polzer hat Johann Singer zum Interview gebeten.

***freiheit:* Herr Abgeordneter Singer, was genau ist und macht der Nutzerbeirat?**

Singer: Der Nutzerbeirat wurde gleich zu Beginn der Sanierungsplanungen für das historische Parlamentsgebäude eingerichtet. Denn es handelt sich ja dabei nicht nur um ein Bürogebäude, sondern gerade das Parlament – als Herzstück der Demokratie in Österreich – weist funktionale Besonderheiten auf, die bei den Planungen zu berücksichtigen sind. Ein Beispiel dafür ist der neue Nationalratssitzungssaal. Hier stellen sich viele Fragen wie die gute Sichtbarkeit und Hörbarkeit, die Barrierefreiheit und Sicherheitsbestimmungen. Es geht auch um die Arbeitsplätze für die Abgeordneten, die Mitarbeiter und die Pressevertreter, um die Positionierung von Rednerpult und Regierungsbank und des Präsidiums. Dem Nutzerbeirat gehören der Generalplaner, Vertreter/innen aller Parlamentsfraktionen und der Parlamentsdirektion an. Wir treffen uns regelmäßig. Bis jetzt gab es insgesamt 37 Sitzungen.

***freiheit:* Sie sagen, das Parlament spielt als „Herzstück der Demokratie“ eine wichtige Rolle im Staatsgefüge. Spielt das bei den Planungen eine Rolle?**

Singer: Das Parlament muss als demokratische Institution ein noch offeneres Haus werden. Gerade die neue Architektur soll dazu beitragen, den Menschen ein viel intensiveres Bild zu vermitteln – so wird es unterhalb der Säulenhalle ein neues Besucherzentrum geben. Und im Dachgeschoß – eine riesige Fläche, die bisher ungenutzt war – entsteht das Parlamentsrestaurant, das auch für Besucher zugänglich sein wird. Auf dieser Ebene wird man künftig auch Einblicke in den Nationalratssitzungssaal haben können.

Foto: Bernhard Peer

Johann Singer vor dem Modell des neuen Plenarsaals im Parlament.

***freiheit:* Kommt Ihnen Ihre Aufgabe als ÖVP-Sprecher für Wohnen und Bauten in diesen Fragen zugute?**

Singer: Natürlich. Architekturfragen haben mich schon immer interessiert und ich habe im Laufe der Zeit ein „G'spür“ dafür entwickelt, wie Bauten benutzerfreundlich gestaltet werden müssen. Das spielt beim sozialen Wohnbau eine ebensolche Rolle wie bei der Planung so großer Projekte wie des künftigen Parlamentsbetriebes.

***freiheit:* Der ÖVP-Parlamentsklub ist für die Dauer der Renovierungsarbeiten in einem Pavillon am Heldenplatz untergebracht. Die Ausschüsse, der Nationalrat und der Bundesrat tagen in dieser Zeit in der Hofburg. Wie funktioniert das?**

Singer: Das Parlament ist ja – und das wissen viele nicht so genau – ein Arbeitsplatz für viele hunderte Mitarbeiter/innen. Daher musste für eine Vielzahl von Beschäftigten und Politiker eine gute Ausweichmöglichkeit gefunden werden. Die Pavillons am Heldenplatz sind für einen modernen Bürobetrieb gestaltet, die Holzriegeltechnik erlaubt flexible Lösungen und eine Wiederverwendung nach der Rücksiedlung ins alte neue Haus am Ring.

***freiheit:* Danke vielmals für das informative Gespräch!**

Splitter aus dem Parlament

Vorstellung internationaler Initiativen für Menschen mit Behinderung

Fünf internationale Initiativen zum Thema „Bildung – Inklusion – Digitalisierung“ stellten sich auf Einladung von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, der Essl Foundation und der Sinnbildungsstiftung im Parlament vor: Präsentiert wurden das Projekt „Streamer“, das die Untertitelung von Gesprächen in Echtzeit ermöglicht,

Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Auf dem Foto sehen wir den ÖVP-Bereichssprecher für Student/innen und Schüler/innen, Nico Marchetti (6. von rechts), und den ÖVP-Bereichssprecher für Bildung und Wissenschaft Rudolf Taschner (ganz rechts), die nach der Projektvorführung eine Zusammenfassung ihrer Eindrücke gaben.

„Livox“, eine alternative Kommunikationsplattform für Menschen mit Lernschwierigkeiten bzw. für Menschen, die nicht verbal kommunizieren können, Apps und Softwareprogramme für blinde oder sehbehinderte Kinder unter dem Namen „Ballyland“ oder ein Projekt zum künstlichen Sehen mit der „OrCam“. „Menschen ohne Behinderung lernen von Menschen mit Behinderung“ ist wiederum die Vision der Initiative „Inklusive Bildung Österreich“.

Parlamentsmagazin „Hohes Haus“ feiert 40. Geburtstag

Am 26. Jänner 1980 erstmals on-air gegangen, gehört das Parlamentsmagazin „Hohes Haus“ heute zu den am längsten ausgestrahlten Informationssendungen des ORF und bringt im

Foto: Parlamentsdirektion/Raimund Appel

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (links im Bild) und ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz (rechts im Bild) mit dem Team des ORF-Parlamentsmagazins „Hohes Haus“.

Schnitt rund 120.000 Zuseherinnen und Zusehern das politische Geschehen aus dem Herzen der heimischen Demokratie näher. „Ein modernes, demokratisches Staatswesen wäre ohne funktionierende Medien nicht denkbar. Das Parlamentsmagazin ‚Hohes Haus‘ trägt seit 40 Jahren wesentlich dazu bei, dass sich die Bürgerinnen und Bürger ein objektives und seriöses Bild über die parlamentarische Arbeit machen können“, gratulierte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei der Jubiläumsveranstaltung in der Hofburg. Das Parlamentsmagazin sei ein wichtiger Eckpfeiler, um sich eine qualifizierte Meinung über politische Sachverhalte bilden zu können.

Die Bürgermeisterinnen im ÖVP-Parlamentsklub

Nur in 177 von 2.096 Gemeinden in Österreich gibt es Bürgermeisterinnen. Damit gibt es weniger Frauen im Bürgermeisteramt als männliche Bürgermeister mit dem Vornamen Josef. In den Reihen der ÖVP-Mandatare bekleiden derzeit 13 ein Bürgermeisteramt, zwei davon sind weiblich: die Bürgermeisterin von Tarsdorf/OÖ, Bundesrätin Andrea Holzner, und NR-Abgeordnete Angela Baumgartner, Bürgermeisterin von Sulz im Weinviertel. Für sie ist ihr Bürgermeisteramt „einer der schönsten Berufe der Welt!“, so die beiden ÖVP-Politikerinnen unisono.

Foto: ÖVP-Klub/Katharina Schiffl

Angela Baumgartner (links) und Andrea Holzner (rechts)

Der kleine und der große Opernball

Am Nachmittag vor dem großen Wiener Opernball findet traditionell – und heuer zum 58. Mal – im Wiener Rathaus der kleine Neubauer Opernball statt. Ballpräsidentin ist die ehemalige ÖVP-Abgeordnete Gabriele Tamandl, Initiatorin und Organisatorin die Neubauer Bezirksrätin Christina Schlosser. Heuer war „Wien.Musik. Stadt“ das Motto der Veranstaltung.

Foto: René Brunholzl, bz-Wiener Bezirkszeitung

Im Bild (v.l.n.r.): Abg. Romana Deckenbacher, Gemeinderätin Sabine Schwarz, Abg. Wolfgang Gerstl, Margarete Kriz-Zwittkovits, Seniorenchefin Ingrid Korosec, Bianca Taschner, Abg. Karl Mahrer und Abg. Rudolf Taschner.

Der kleine Opernball ist immer ausverkauft und von viel Prominenz aus Kultur, Gesellschaft und Politik besucht, bietet ein umfangreiches gesellschaftliches und musikalisches Programm und ist für alle Beteiligten ein Highlight der Ballsaison.

Der „Frauenklub“ der ÖVP besteht nun aus 41 Mandatarinnen

Am 8. März war internationaler Frauentag. Auch die ÖVP-Frauen haben auf diesen wichtigen Tag mit viel Frauenpower aufmerksam gemacht. Im Vorfeld trafen die Mandatarinnen des ÖVP-Parlamentsklubs zu einer Sitzung des „Frauenklubs“ zusammen – erstmals unter dem Vorsitz der neuen ÖVP-Frauensprecherin Abg. Liesi Pfurtscheller und mit der neuen Frauenministerin Susanne Raab. Mit 41 Frauen – 26 Nationalratsabgeordneten, zwölf Bundesrätinnen und drei Abgeordneten zum

Foto: Christian Georgescu

Die Powerfrauen des ÖVP-Parlamentsklubs

Europäischen Parlament – ist der Frauenklub so groß wie nie. „Wir sind extrem stolz, so viele Powerfrauen in unseren Reihen zu haben. Jede ist auf ihre Art eine erfolgreiche Kämpferin für unsere Anliegen“, so Pfurtscheller. Ministerin Raab wies darauf hin, dass sich im Regierungsprogramm viele Frauenthemen finden, die fächerübergreifend abgearbeitet werden sollen. Wichtige Themen dabei: der Gewaltschutz, das Pensionssplitting und die Selbstbestimmung. „Wir arbeiten aber nicht gegen die Männer, sondern wollen unsere männlichen Kollegen zu unseren Verbündeten machen“, war der Tenor der Sitzung.

Gedenkveranstaltung zum Ende der parlamentarischen Demokratie 1933

„Es braucht das Gedenken, um auch gut in ein Morgen der parlamentari-

Foto: privat

Im Bild (v.l.n.r.): Abg. Andreas Kühberger, Abg. Karl Schmidhofer, NR-Präsident Wolfgang Sobotka, Abg. Agnes Totter und Abg. Josef Hechenberger

schen Demokratie zu kommen“, betonte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei der Gedenkveranstaltung zu den Ereignissen des 4. März 1933 in der Hofburg. Die Erinnerung daran bot Anlass für eine Diskussion über die Zukunft der Demokratie. Mit dabei auch viele ÖVP-Abgeordnete zum National- und Bundesrat.

Das Parlament als Spital im Ersten Weltkrieg

Was viele nicht wissen: Das Parlament war in seiner wechselvollen Geschichte auch schon einmal ein Spital. Nach der Ausschaltung des Parlaments von Juli 1914 bis Dezember 1917 waren viele Räume des Gebäudes ungenutzt. Gleichzeit tobte der Erste Weltkrieg mit unzähligen Toten und Verwundeten. Diese Situation – Platzkapazität einerseits und Bedarf an Spitalsversorgung andererseits – führte wohl zu der Entscheidung, das Parlament in dieser Zeit „zweckumzuwidmen“ und zu einem Hilfskrankenhaus zu machen. Dies geschah übrigens auch etwa mit der Universität, der Secession und rund der Hälfte aller Schulen. Die sogenannte „Militär-Krankenanstalt im Reichsratsgebäude“ wurde nach einer Vereinbarung zwischen dem Innenministerium und den Präsidien beider Häuser des Reichsrates eingerichtet. Hier wurden weniger schwer verwundete Soldaten untergebracht – Offiziere und höhere militärische Ränge. Die Umwandlung des Parlaments in eine Krankenanstalt

Foto: Parlamentsdirektion

Die Militär-Rekonvaleszenten-Anstalt, großer Tagraum, aufgenommen am 29. September 1914.

war offenbar ohne großen Aufwand machbar. Als Krankenzimmer dienten die Räumlichkeiten entlang der Reichsratstraße im ersten und zweiten Stock. Insgesamt wurde Platz für 200 Betten geschaffen sowie für je einen Operations- und einen Ambulanzbereich pro Abteilung. Die Säulenhalle diente als Tagraum für die Patienten. Sie war mit Lederfauteuils und Sofas ausgestattet. In einem Nebenraum war der Apotheker tätig. Im späteren Sitzungszimmer des Bundesrates war die Hauskapelle untergebracht. Zu Weihnachten gab es in der Säulenhalle sogar einen großen Christbaum für die Patienten. Aufgrund der Wiedereinsetzung des Parlaments im Jahr 1917 wurde die Krankenanstalt wieder geschlossen. Am 4. Dezember 2016 wurden die letzten Patienten des Hauses in anderen Spitälern untergebracht.

(Quelle: Andrea Steiger, in: Das Parlament als Militär-Rekonvaleszentenanstalt bzw. Militär-Krankenanstalt im Ersten Weltkrieg: September 1914 – Dezember 1916, Verlag: Wien, Parlamentsdirektion/Parlamentsbibliothek, 2015)

Foto: adobestock.com

Informationen zu Ihrem Rücktrittsrecht

Sie haben den online bestellten Fernseher woanders günstiger gesehen? Der Pullover, den Sie im Internet gekauft haben, passt nicht? Oder ein Vertreter hat Ihnen etwas verkauft, was Sie gar nicht wollten? Erfahren Sie, wann Sie gebührenfrei vom Vertrag zurücktreten können, auch wenn kein Umtausch- oder Rückgaberecht vereinbart wurde.

Wann haben Sie ein Rücktrittsrecht?
Sie können von Verträgen und Käufen nur dann zurücktreten, wenn Sie diese im so genannten Fernabsatz (also im Internet, über Teleshopping oder Katalogbestellungen) oder außerhalb von Geschäftsräumen (z.B. bei Haustürgeschäften) geschlossen haben.

Bis wann müssen Sie Ihren Rücktritt erklären?
Prinzipiell können Sie innerhalb von 14 Tagen zurücktreten. Diese Frist läuft ab Vertragsabschluss (z.B. bei Dienstleistungen, Wasser- und Energiebezug, Downloads) bzw. ab dem Tag der Lieferung (bei Waren).

Info: Wenn Sie der Verkäufer nicht über Ihr Rücktrittsrecht belehrt hat, haben Sie sogar weitere zwölf Monate Rücktrittsfrist!

Wie tritt man zurück?
Es reicht nicht, einfach nur die Ware zurückzuschicken. Schicken Sie zusätzlich innerhalb von 14 Tagen eine Rücktrittserklärung. Dabei müssen Sie aber keine besondere Form einhalten und auch keine Gründe angeben.

Welche Ausnahmen gibt es?
Auch wenn Sie Verträge außerhalb eines Geschäftsraumes bzw. im Fernhandel abschließen, gibt es einige Ausnahmen vom Rücktrittsrecht.

Nicht vom Kauf bzw. Vertrag zurücktreten können Sie bei:

» Waren, die speziell für Sie angefertigt wurden oder auf Ihre persönlichen Bedürfnisse zugeschnitten sind.
» entsiegelten Ton- bzw. Videoaufnahmen und Computersoftware.
» entsiegelten Waren, die zum Gesundheitsschutz bzw. aus hygienischen Gründen nicht mehr zurückgegeben werden können.
» verschiedenen Freizeit-Dienstleistungen (z.B. Hotelbuchungen, Konzertkarten).
» Haustürgeschäften, die 50 Euro Vertragsentgelt nicht übersteigen.
» dringenden Reparatur- oder Instandsetzungsarbeiten, wegen denen Sie den Unternehmer zu sich geholt haben. Sie können allerdings sehr wohl zurücktreten,

wenn Ihnen zu diesem Anlass Waren oder Dienstleistungen geliefert wurden, die Sie gar nicht angefordert haben – zum Beispiel wenn die Therme nicht repariert, sondern gleich ausgetauscht wurde.

» bestimmten Verträgen, z.B. bei Finanzdienstleistungen, Pauschalreisen, Pflegediensten oder Gesundheitsdienstleistungen (insbesondere, wenn Sie den Vertrag angebahnt haben).

» Glücksspiel.

Eingeschränktes Rücktrittsrecht

Wenn Sie den Verlust Ihres Rücktrittsrechtes in einem Vertrag bestätigt haben, können Sie ebenfalls nicht vom Kauf bzw. Vertrag zurücktreten. Das ist der Fall bei bereits vollständig erbrachte Dienstleistungen, wenn der Konsument ausdrücklich verlangt hat, dass der Vertrag bei Downloads bzw. Streaming digitaler Inhalte noch in der Rücktrittsfrist erfüllt wird.

FREIHEIT | TIPP

Gutschein abgelaufen, was tun?

Wer kennt das nicht – zu einem Anlass bekommt man einen Gutschein geschenkt, der dann in Vergessenheit gerät und wenn man ihn wiederfindet, ist er abgelaufen. Dass das Ablaufdatum überschritten ist, heißt aber nicht, dass der Gutschein keine Gültigkeit mehr hat.

Wann behält ein Gutschein seine Gültigkeit?

Für die Frage, ob der Gutschein auch noch nach dem Ablauf des Gültigkeitsdatums eingelöst werden kann, ist es wesentlich, festzustellen, um welche Art von Gutschein es sich handelt. Waren- und Geldgutscheine behalten ihre Gültigkeit auch über das Ablaufdatum hinaus, Werbegutscheine jedoch nicht. Diese Gutscheine werden käuflich erworben, d.h. hier wurde bereits eine Geldleistung erbracht, die in weiterer Folge durch den Gutschein repräsentiert wird. Der Unternehmer, der den Gutschein ausstellt, hat daher bereits ein Entgelt für die künftige Leistung bezogen. Die Leistung, die mit einem solchen Gutschein bezogen werden kann, wird durch den Unternehmer im Vorfeld (bei Ankauf des Gutscheins) fix vorgegeben bzw. übernimmt der Gutschein die Funktion eines Zahlungsmittels, das dann für das gesamte Sortiment gilt. Auch Gutscheine, die im Falle eines Warenumtauschs anstelle von Bargeld übergeben werden, fallen unter diese Kategorie.

Wie lange gilt der Gutschein, wenn eine Befristung vermerkt ist?

Wurde der Gutschein ohne eine zeitliche Befristung ausgestellt, muss sich der Unternehmer bewusst sein, dass der Kunde grundsätzlich für 30 Jahre hinweg das Recht hat, den Unternehmer auf die Leistung in Anspruch zu nehmen, die bereits bezahlt wurde.

Dies ergibt sich aus den allgemeinen Verjährungs-Regelungen im ABGB. Diese Frist beginnt üblicherweise mit dem Ausstellungsdatum.

Was passiert, wenn die Frist abgelaufen ist?

Wurde der Gutschein rechtmäßig befristet und ist diese Befristung abgelaufen, besteht nunmehr die Möglichkeit, den Unternehmer im Kulanzwege dazu zu bewegen, den Wert des Gutscheins einzulösen, auch wenn die Gültigkeit bereits abgelaufen ist.

Familienbonus: In einfachen Schritten zur Steuergutschrift

Der Familienbonus Plus ist die größte steuerliche Entlastung für Eltern in der zweiten Republik. Der Familienbonus Plus ersetzt den Kinderfreibetrag und die Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten. Seit Jänner 2019 wird er ausgeschüttet, hier erfahren Sie, wie Sie diesen bei der Arbeitnehmerveranlagung geltend machen können.

Foto: stock.adobe.com

Viele Eltern haben den Antrag auf den Familienbonus ohnehin bereits Anfang 2019 bei ihrem Dienstgeber auf dem Formular E30 abgegeben. Wer das bisher verabsäumt hat, für den ist es jedoch noch nicht zu spät. Um nach Ablauf des Jahres noch in den Genuss des Familienbonus Plus zu kommen, müssen die Eltern eine Arbeitnehmerveranlagung machen.

Familienbonus jetzt beantragen

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, die Arbeitnehmerveranlagung für das Steuerjahr 2019 zu machen, da jeder Arbeitgeber verpflichtet ist, den Jahreslohnzettel bis Ende Februar einzureichen. Um den Familienbonus im Rahmen der Arbeitnehmerveranlagung zu beantragen, ist das Formular L1k auszufüllen und gemeinsam mit der Arbeitnehmerveranlagung abzugeben.

So holen Sie das Maximum heraus

Pro Kind winkt eine Steuergutschrift von bis zu 1.500 Euro (für Kinder ab 18 Jahren bis zu 500 Euro). Pro Monat sind das bis zu 125 Euro pro Kind. Der Familienbonus wirkt ab dem ersten Steuereuro. In voller Höhe allerdings nur, wenn auch die Lohnsteuer entsprechend hoch ist. Voll ausgeschöpft werden kann dieser dann bei einem Kind ab einem monatlichen Bruttogehalt von rund 1.700 Euro (bei einem Kind).

Alle Alleinverdienerinnen und Alleinverdiener sowie Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher, die so wenig verdienen, dass sie kaum oder gar keine Lohn- oder Einkommensteuer zahlen, erhalten seit 2019 statt dem Familienbonus Plus eine steuerliche Entlastung von zumindest 250 Euro pro Kind pro Jahr (Kindermehrbetrag).

Bei getrennt lebenden Eltern kann der Familienbonus aufgeteilt werden. Ein Unterhaltspflichtiger kann den Familienbonus Plus aber nur für die Monate beanspruchen, für die er auch den vollen Unterhalt zahlt.

VORSICHT: Formfehler können Familienbonus kosten

Wird der Bonus bereits während des Jahres beim Arbeitgeber eingereicht, muss man im Grunde nichts mehr tun. Doch es gibt eine Ausnahme: Wird ein Jahresausgleich gemacht, um andere Posten abzusetzen, muss auch der Familienbonus noch einmal beantragt werden. Wer diese Kleinigkeit vergisst, dem droht die Rückerstattung des Familienbonus. Wenn jedoch der schlimmste Fall eintritt und beim Ausfüllen etwas schiefgelaufen ist und Fehler gemacht wurden, und das Finanzamt verlangt die Rückzahlung des Bonus oder verweigert die Auszahlung, ist noch nicht alles verloren. Schließlich gibt es noch die Möglichkeit gegen den Bescheid, in dem eine solche Entscheidung mitgeteilt wird, innerhalb der Frist ein Rechtsmittel einzulegen.

Kinderfreibetrag entfällt ab 2020

Bisher konnte jeder Steuerpflichtige, der Anspruch auf den Familienbeihilfe hatte, oder sein (Ehe-)Partner den Kinderfreibetrag geltend machen. Das ist mit der Einführung des Familienbonus vorbei, da der Kinderfreibetrag genauso wie die Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten durch diesen ersetzt wurden.

FREIHEIT | TIPP

Wichtig!

Wenn Sie eine Arbeitnehmerveranlagung abgeben, ist der Familienbonus Plus – auch wenn Sie ihn bereits beim Arbeitgeber beantragt haben – nochmal zu beantragen, da es sonst zu einer ungewollten Nachzahlung kommen kann.

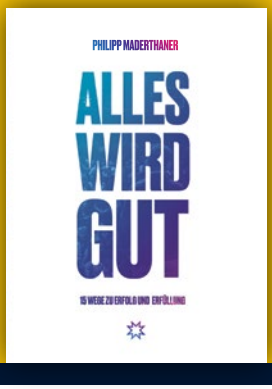
FREIHEIT | BUCHTIPP

Philipp Maderthaner

Alles wird gut – 15 Wege zu Erfolg und Erfüllung

Du hast noch keinen Milliarden-Exit hingelegt? Nicht CEO mit 26? Dein Einkommen nicht in zehn Wochen verdoppelt? Du hast noch nicht einmal dein „Why" gefunden? Echt jetzt? Was bist du nur für ein Loser!

Philipp Maderthaner kennt diese innere Stimme – und er hört sie heute noch. Er ist „Kanzlermacher" von Sebastian Kurz und „Unternehmer des Jahres" (Ernst & Young). Er hat viel erreicht und noch mehr vor – und hält sich dabei selbst kaum aus. Wie wir uns mit unserem „inner talk" selbst sabotieren, aber trotzdem unsere Ziele erreichen können, verrät er in seinem neuen Buch. In 15 Strategien lernen wir den Umgang mit uns selbst und eine hoffentlich beruhigende Erkenntnis: Alles wird gut.



Philipp Maderthaner – Alles wird gut
15 Wege zu Erfolg und Erfüllung
ISBN: 978-3-200-06741-7
Verlag: Business Gladiators GmbH, 103 Seiten
Erhältlich gratis unter:
http://philippmaderthaner.com/alles-wird-gut

freiheit-Gewinnspiel

Verraten Sie uns, warum Sie dieses Buch lesen wollen, und gewinnen Sie eines von drei Exemplaren von „Alles wird gut" von Philipp Maderthaner!

Schicken Sie Ihre Antwort per Mail an office@wienerpressverein.com oder mit einer Postkarte an den Wiener Pressverein Lichtenfelsgasse 7 1010 Wien.

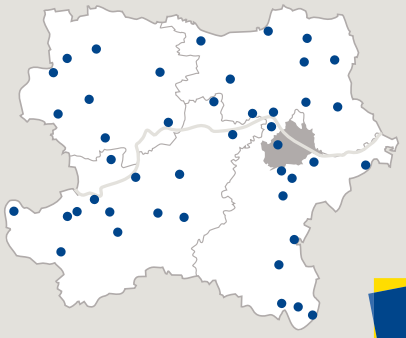
SIE HABEN VIEL VOR?

Wir haben über 400 Mitarbeiter in 44 Kundenbüros – ganz in Ihrer Nähe.

Und unser Kundenportal – Jetzt auch als App.
Damit können Sie jederzeit mit Ihrem persönlichen Berater in Kontakt treten und Ihre Versicherungen verwalten. Einfach, schnell und überall. Polizzen, Schäden, Wetterwarnung* – alles auf einen Blick.

Meine NV

Jetzt anmelden → meine.nv.at



NV
Die Niederösterreichische Versicherung

* Wetterwarnung für ausgewählte Polizzen

www.nv.at

Unterwegs in Österreich

Foto: ÖAAB

ÖAAB gratuliert Gernot Blümel

Knapp 1.000 Gäste und Delegierte folgten der Einladung zum 36. Ordentlichen Landesparteitag in die METAStadt im 22. Wiener Gemeindebezirk, um gemeinsam mit Landesparteiobmann Gernot Blümel die Vorbereitungen für die Wien-Wahl im Herbst zu treffen. Neben der Präsentation des Zukunftsprogramms unter dem Titel „Zeit, aufzubrechen. Für ein neues Wien“ wurde Landesparteiobmann Gernot Blümel mit 96,8 Prozent wiedergewählt. Auch ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits (re.) fand sich unter den Ehrengästen, um gemeinsam mit ÖAAB-Bezirksobmann und Landesgeschäftsführer der ÖVP Burgenland Patrik Fazekas (li.) Gernot Blümel (Mitte) zur Wiederwahl zu gratulieren und die Unterstützung zuzusagen.

Foto: ÖAAB

Zu Gast bei der FCG Steiermark

Eine besondere Einladung erhielt ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits von der FCG Steiermark: Bei der Konferenz der steirischen FCG-Betriebsrätinnen und Betriebsräte in Weiz durfte er den Anwesenden das Regierungsprogramm näherzubringen, und ihnen in weiterer Folge Rede und Antwort stehen, welche arbeitnehmerfreundlichen Maßnahmen die Regierung in den kommenden Jahren umsetzen wird. In diesem konstruktiven Kreis kam es neben einem Gedankenaustausch zur klassischen Betriebsarbeit auch zu einigen Inputs für seine Arbeit als Generalsekretär im Bund. Im Bild (v.l.n.r.): FCG- Generalsekretär Andreas Gjecaj, ÖAAB-Landesgeschäftsführer Günther Ruprecht, FCG-Landessekretär René Heinrich, ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits, Vorsitzender des Personalausschusses der FCG A1 Telekom Steiermark Peter Amreich und GPA-djp Bundesgeschäftsführerstellvertreter Franz Gosch

Foto: ÖAAB OO

Steuern senken. Pflege sichern.

Ganz im Zeichen der Diskussion der im Regierungsprogramm verankerten Weichenstellungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stand Anfang März die Arbeitsklausur des oberösterreichischen ÖAAB. Bundes- und Landesobmann August Wöginger konnte dazu Spitzenfunktionäre aus allen Regionen des Landes, aus der Arbeiterkammer und den befreundeten Gewerkschaften begrüßen, die gemeinsam ihre Themenschwerpunkte festlegen. Getreu dem Motto „Steuern senken. Pflege sichern.“ geht es nun um die rasche Umsetzung der geplanten Maßnahmen. Im Bild (v.l.n.r.): ÖAAB-Bundes- und Landesobmann August Wöginger, ÖAAB-FCG-Fraktionsvorsitzende in der AK Cornelia Pöttinger, Landeshauptmann-Stellvertreterin Christine Haberlander und Landtagspräsident Wolfgang Stanek

Foto: ÖAAB

Aktiv in der Pension

In die Wiener Laudongasse luden die FCG-Landespensionistinnen und Landespensionisten ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits zu ihrer Ausschusssitzung. Im Mittelpunkt des Treffens stand das Thema Pflege, die Herausforderung, die dieses Thema in den kommenden Jahren mit sich bringt, und welche Lösungen die Bundesregierung in diesem Bereich vorgesehen hat. Gemeinsam mit FCG-Landespensionistenvorsitzenden Rupert Schober und FCG-Landesgeschäftsführer Fritz Pöltl skizzierte der Generalsekretär die arbeitnehmerfreundlichen Maßnahmen aus dem Regierungsprogramm und gab einen Einblick in seine Arbeit für den ÖAAB.

Foto: ÖAAB

ÖAAB stark im Bundesrat vertreten

Eine weitere starke Stimme im Bundesrat bekommen die heimischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Bernhard Hirczy (Mitte). Der ehemalige burgenländische Landtagsabgeordnete wurde vom burgenländischen Landtag in diese Funktion bestellt und folgt auf das Mandat der bisherigen Bundesrätin Marianne Hackl. Der Jennersdorfer ist Bezirksparteiobmann, Stadtparteiobmann und Stadtrat, darüber hinaus ÖAAB-Bezirksobmann und Mitglied im ÖAAB-Bundesvorstand. Zu seiner Angelobung im Bundesrat begleitete ihn – neben seiner Familie – auch ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits (li.) und der burgenländische ÖAAB-Landesgeschäftsführer Johannes Mezgolits (re.).

Foto: ÖAAB

Ein Blick hinter die Kulissen

Einen Besuch auf dem Wiener Küniglberg bei einer ORF-Backstageführung nutzten einige Mitglieder des ÖVP-Parlamentsklubs – u.a. auch ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits, die Salzburger Abgeordnete Carina Reiter und der Kärntner Abgeordnete Peter Weidinger – zu einem Blick hinter die Kulissen der ZiB-Redaktion. Am meisten interessiert waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am ORF-Newsroom, der Nachrichtenzentrale des ORF, und natürlich an den persönlichen Gesprächen mit den „ZiB-Urgesteinen“ Tarek Leitner, Ingrid Thurnher und Nadja Bernhard.

Foto: Gabriel Schlager

Ein Ohr für die Menschen

Einen Einblick in den laufenden Betrieb konnte ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger gemeinsam mit Bundesministerin Margarete Schramböck beim Motorradhersteller KTM in Mattighofen nehmen. Das Besondere an diesem oberösterreichischen Betrieb ist, dass er zurzeit 160 Lehrlinge ausbildet und dabei einen hohen Frauenanteil hat. Und genau diese Personengruppe war das Ziel des Besuchs. Gemeinsam machte man sich ein Bild über die Arbeitsbedingungen und nahm sich Zeit, die Anliegen der jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erkunden. Im Bild: ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger (Mitte) in der Fertigung des Motorradherstellers KTM.

Martin Begle ist neuer Vorarlberger AAB-Landesgeschäftsführer

Foto: Vorarlberger ÖAAB

Anfang des Jahres wurde der Dornbirner Martin Begle vom Landesvorstand des Vorarlberger AAB als neuer Landesgeschäftsführer eingesetzt. „Dieser verantwortungsvollen Aufgabe sehe ich mit Demut, aber auch mit viel Tatendrang und großer Freude, entgegen“, erklärt der 35-jährige ehemalige Journalist, der seit Ende 2018 im Team der ÖVP Landesgeschäftsstelle in Bregenz als Pressereferent tätig ist. Als Mitarbeiter der Öffentlichkeitsarbeit der Vorarlberger Volkspartei habe er einen sehr guten Einblick in die Vorarlberger Tagespolitik und stehe unter anderem laufend in Kontakt zum Landtagsabgeordneten und ÖAAB-Landesobmann Harald Witwer. Mit ihm zusammen will er die kommenden Monate intensiv dazu nutzen, der ganzen Breite des AAB im Ländle gerecht zu werden und auch das Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Arbeiterkammer, FCG sowie ÖAAB-Lehrerinnen und Lehrern suchen. Begle freue sich darauf, die Herausforderungen einer modernen Arbeitnehmervertretung in Angriff zu nehmen.

FLIEG WIE EIN VOGEL!

Mit Birdly® am Flughafen Wien abheben.

JETZT NEU!
Besucherwelt Birdly®-Flugerlebnis im TERMINAL 3

SCAN ME

viennaairport.com/besucherwelt

Vienna International Airport